



Piksin & Partners

Legal Services

Tel.: +7 (495) 913 68 28 E-mail: info@piksin-partners.ru

Fax: +7 (495) 913 68 48 Website: www.piksin-partners.ru

115114, Moskau, Derbenevskaya nab., Haus 11, Gebäude "B",
Büro B1401

Informationsblatt

Nr. 02/2016

Neuigkeiten des Monats:

1	Grundlagen der Staatsverwaltung	01
2	Internationales Recht	01
3	Gerichtsakte und Prozessgesetzgebung	01

Dieses Informationsblatt beleuchtet ausschließlich einzelne Änderungen in der Gesetzgebung der Russischen Föderation. Die gewährte Information ist nicht allumfassend und stellt keine juristische Beratung dar. Bei Rückfragen zu den Themen, die hier angesprochen werden, wenden Sie sich bitte an die Anwälte und Juristen des Anwaltsbüros an.

Neuigkeiten des Monats:**1. GRUNDLAGEN DER STAATSVRWALTUNG**

- 1.1. Erlass des Präsidenten der RF vom 02.02.2016 Nr. 41 „Über einige Fragen der staatlichen Kontrolle im Finanz- und Haushaltsbereich“, durch den der Föderale Dienst der Finanz- und Haushaltsaufsicht (Rosfinnadzor) beseitigt wurde.
- 1.2. Erlass des Präsidenten der RF vom 02.02.2016 Nr. 40 „Über die Beseitigung der Föderalen Agentur für die Einrichtung der staatlichen Grenze der Russischen Föderation“, durch den die Föderale Agentur für die Einrichtung der staatlichen Grenze der Russischen Föderation beseitigt wurde.

2. INTERNATIONALES RECHT

- 2.1. Das Föderale Gesetz vom 31.01.2016 Nr. 6-Φ3 „Über die Ratifizierung des Abkommens zwischen der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung der Chinesischen Volksrepublik über die Vermeidung der doppelten Besteuerung und über die Vorbeugung der Steuerhinterziehung hinsichtlich der Einkommenssteuer und des Protokolls zu dem, sowie das Protokoll über die Aufnahme der Änderungen in das Abkommen zwischen der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung der Chinesischen Volksrepublik über die Vermeidung der doppelten Besteuerung und über die Vorbeugung der Steuerhinterziehung hinsichtlich der Einkommenssteuer“, durch das von Russland das neue Abkommen über die Vermeidung der doppelten Steuerhinterziehung ratifiziert wurde, das am 13. Oktober 2014 in Moskau, sowie die Protokolle zu dem unterzeichnet wurden.

3. GERICHTSAKTE UND PROZESSGESETZGEBUNG

- 3.1. Die Verordnung des Verfassungsgerichts der RF vom 15.02.2016 Nr. 3-П „Über die Sache der Prüfung der Verfassungsbestimmungen des Teils 9 des Artikels 3 des Föderalen Gesetzes „Über die Aufnahme der Änderungen in die Unterabschnitte 4 und 5 des Abschnitts I des ersten Teils und in den Artikel 1153 des dritten Teils des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Russischen Föderation« im Zusammenhang mit der Beschwerde des Staatsbürgers E.V. Potozkiy“. Das Verfassungsgericht der RF hat den Teil 9 des Artikels 3 des Föderalen Gesetzes "Über die Aufnahme der Änderungen in die Unterabschnitte 4 und 5 des Abschnitts I des ersten Teils und in den Artikel 1153 des dritten Teils des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Russischen Föderation", als der Verfassung der RF nicht entsprechend, in dem Maße anerkannt, in dem an deren Grundlage die Frage über die Anwendung an die Anforderungen gelöst wird, deren Vorlegungsfristen durch die früher geltende Gesetzgebung vorgesehen waren und bis zum 1. September 2013 (Datum des Inkrafttretens einzelner Bestimmungen dieses Gesetzes) nicht abgelaufen waren, die Bestimmungen des Absatzes des zweiten Punktes des 2. und 200. Artikels des BGB der RF darüber, dass die Verjährungsfrist 10 Jahre nach der Entstehung der Umstände nicht überschreiten darf, deren Erfüllungsfrist durch den Zeitpunkt der

Anforderung nicht bestimmt wurde. Kraft der oben genannten Maßnahme des Föderalen Gesetzes werden die festgelegten Bestimmungen des BGB der RF (in der Fassung des neuen Gesetzes), deren Verjährungsfristen und Berechnungsregeln an die Forderungen angewendet, deren Vorlagefristen durch die früher geltende Gesetzgebung vorgesehen waren und bis zum 1. September 2013 nicht abgelaufen sind. Dabei beginnt die Verjährungsfrist gemäß dem zweiten Absatz des 2. Punktes des 200. Artikels des BGBs der RF für die Verbindlichkeiten, deren Erfüllungsfrist nicht bestimmt oder durch den Zeitpunkt der Anforderung bestimmt wurde, ab dem Tag der Vorlage vom Gläubiger der Forderung der Erfüllung der Verbindlichkeit zu laufen, und wenn für den Schuldner die Frist für die Erfüllung solcher Forderung festgelegt wird, beginnt die Berechnung der Verjährungsfrist nach der Ablauf der Frist, die für die Erfüllung solcher Forderung festgelegt wurde. Dabei kann die Verjährungsfrist in jedem Fall 10 Jahre nach der Entstehung solches Umstandes nicht überschreiten. Im Falle der Verbreitung der Geltung des neuen Verfahrens der Bestimmung des Beginns des Laufes der Verjährungsfrist für die Umstände, deren Erfüllungsfrist nicht bestimmt oder durch den Zeitpunkt der Anforderung bestimmt wurde, hat für die Rechtsbeziehung, die vor der Verabschiedung des oben genannten Gesetzes entstanden sind, der Gläubiger, der dem Schuldner 2 Monate nach der Veröffentlichung dieses Gesetzes die Forderung der Erfüllung der zwischen den Parteien mehr als 10 Jahre bestehenden Verpflichtungen gestellt hat, keine Möglichkeit, auf dem Rechtsweg seine verletzten Rechte zu verteidigen. Der Föderale Gesetzgeber ist berechtigt, in die Übergangsbestimmungen dieses Gesetzes Korrekturen aufzunehmen, indem er eine angemessene Frist setzt, während deren die Verjährungszeit nicht als abgelaufen gilt, und der Gläubiger mit einem effizienten Gerichtsschutz rechnen kann.

- 3.2. Das Föderale Verfassungsgesetz vom 15.02.2016 Nr. 2-ΦK3 „Über die Aufnahme der Änderungen in den Artikel 43.4 des Föderalen Verfassungsgesetzes „Über die die Schiedsgerichte in der Russischen Föderation« und in den 2. Artikel des Föderalen Verfassungsgerichtes Über das Oberste Gericht der Russischen Föderation“, das festlegt, dass das Gericht für geistiges Eigentum als Gericht erster Instanz die Sachen über das Abstreiten der Akte von föderalen Exekutivbehörden im Bereich der Patentrechte und der Rechte auf die Züchtungsergebnisse, der Rechte auf die Topologie der Mikroelektronikbausteine, der Rechte auf die Produktionsgeheimnisse (know-how), der Rechte auf die Mittel der Individualisierung von juristischen Personen, Waren, Arbeiten, Dienstleistungen und Unternehmen, die Rechte auf die Nutzung der Ergebnisse der geistigen Tätigkeit im Rahmen einer einheitlichen Technologie, die Erläuterungen der Gesetzgebung enthalten und normative Eigenschaften haben, behandelt. Das Oberste Gericht der RF ist bevollmächtigt als Gericht erster Instanz Verwaltungssachen über das Abstreiten der Akte föderaler Exekutivbehörden, anderer föderaler staatlicher Organe, der Bank Russlands, staatlicher außerbudgetärer Fonds zu betrachten, darunter Rentenfonds der RF, Sozialversicherungsfonds der RF, Föderaler Fonds für die

Krankenpflichtversicherung, die Erläuterungen der Gesetzgebung enthalten und normative Eigenschaften besitzen. Das Föderale Verfassungsgesetz tritt nach dem Ablauf von 30 Tagen nach dessen offizieller Veröffentlichung in Kraft.

- 3.3. Das Föderale Gesetz vom 15.02.2016 Nr. 18-Φ3 „Über die Aufnahme der Änderungen in die Schiedsgerichtsprozessordnung der Russischen Föderation und in die Verwaltungsverfahrenordnung der Russischen Föderation im Teil der Festlegung der Ordnung der Gerichtlichen Sachbehandlung über das Abstreiten einzelner Akte“. Gemäß Änderungen, die in die Verwaltungsverfahrenordnung der RF aufgenommen wurden, ist vorgesehen, dass die Schiedsgerichte die Sachen über das Abstreiten der Akte der föderalen Exekutivbehörden behandeln, die Erläuterungen der Gesetzgebung enthalten und normative Eigenschaften besitzen, wenn die Behandlung solcher Sachen durch die Verwaltungsverfahrenordnung der RF nicht der Zuständigkeit des Gerichts für geistiges Eigentum zugeordnet ist. Das Gericht für geistiges Eigentum als Gericht erster Instanz behandelt die Sachen über das Abstreiten der Akte föderaler Exekutivbehörden im Bereich der Patentrechte und der Rechte auf die Züchtungsergebnisse, der Rechte auf die Topologie der Mikroelektronikbausteine, der Rechte auf die Produktionsgeheimnisse (know-how), der Rechte auf die Individualisierung juristischer Personen, Waren, Arbeiten, Dienstleistungen und Unternehmen, der Rechte auf die Nutzung der Ergebnisse der geistigen Tätigkeit im Rahmen einer einheitlichen Technologie, die Erläuterungen der Gesetzgebung enthalten und normative Eigenschaften besitzen. Solche Sachen werden vom Gericht für geistiges Eigentum gemäß allgemeinen Regeln des Streitverfahrens, die durch die Schiedsgerichtsverfahrensordnung der RF vorgesehen sind, mit bestimmten Besonderheiten behandelt. Es ist die Ordnung der Veröffentlichung des Beschlusses des Gerichtes für geistiges Eigentum in Sachen des Abstreitens des Akts, der normative Eigenschaften besitzt, festgelegt. In Übereinstimmung mit den Korrekturen, die in die Verwaltungsverfahrenordnung der RF aufgenommen wurden, behandeln das Gericht der Republik, das Regionsgericht, das Gebietsgericht, das Gericht der Stadt von föderaler Bedeutung, das Gericht des autonomen Gebiets und das Gericht des autonomen Bezirks als Gerichte erster Instanz Verwaltungssachen über das Abstreiten der Akte, die Erläuterungen der Gesetzgebung enthalten und normative Eigenschaften besitzen. Das Oberste Gericht der RF behandelt als Gericht erster Instanz die Verwaltungssachen über das Abstreiten der Akte föderaler Exekutivbehörden, anderer föderaler staatlichen Exekutivbehörde, der Bank Russland, der staatlichen außeretatmäßigen Fonds, darunter auch Rentenfonds der RF, Sozialversicherungsfonds der RF, der Föderaler Fonds für die Krankenpflichtversicherung, die Erläuterungen der Gesetzgebung enthalten und normative Eigenschaften besitzen. Auch in der Verwaltungsverfahrenordnung der RF ist das Verfahren für Verwaltungssachen über das Abstreiten der Akte festgelegt, die Erläuterungen der Gesetzgebung enthalten und normative Eigenschaften besitzen. Das Föderale Verfassungsgesetz tritt nach dem Ablauf von 30 Tagen nach dessen offizieller Veröffentlichung in Kraft.